

## Visionen für ein gerechtes München

Das Alltagsleben unserer Gegenwart ist ebenso wie das aktuelle kommunalpolitische Handeln gerahmt von einem Kontext umfassender Krisen wie z.B. Klima, Corona-Pandemie, Ukraine. Diese Krisen treten nicht in Form von isolierten Einzelereignissen auf, sondern zeigen sich als multiple Krisen, die sich in einer Gleichzeitigkeit von sozialen, ökonomischen und ökologischen Veränderungen und Umbrüchen kumulativ überlagern und gegenseitig verstärken können.<sup>1</sup> Im Hinblick auf die zukünftige Münchener Stadtentwicklung und kommunalpolitische Ausrichtung gilt es, dieser Multidimensionalität inhaltlich und strategisch gerecht zu werden; in diesem Sinne ruft der Sozialpolitische Diskurs München zu einem Dialogprozess auf, in dem wir gemeinsam visionäre Vorstellungen für ein gerechtes München kreieren sowie daraus strategische Anliegen und konkrete Forderungen für die kommunale Sozialpolitik ableiten wollen.

Im Vorfeld der Planungen für diesen Dialogprozess hat sich die Kerngruppe des Sozialpolitischen Diskurses zunächst in einem internen Prozess entlang der Frage „Woran denken wir ganz spontan, wenn wir an ein zukünftiges gerechtes und soziales München denken? Welche Gedanken, Bilder, Ideen entstehen in unseren Köpfen?“ ausgetauscht.

Im Laufe dieser Überlegungen kristallisierte sich deutlich heraus, dass die **sozialen Fragestellungen unserer Zeit nur in Verschränkung mit entsprechenden Konzepten der Lebensraumgestaltung gelöst bzw. bewältigt werden können und dies wiederum nur durch die aktive und gleichberechtigte Partizipation aller sozialen Akteur:innen an diesen sozialen Transformationsprozessen.**

Die folgenden Eckpunkte fassen den Stand dieser internen Überlegungen zusammen und zeigen auf, wie ein gerechtes München im Jahr 2035 gestaltet sein könnte.

### **Das ist unsere Vision für München:**

Über allem steht: München ist eine inklusive Stadt, die Teilhabe gewährleistet und Teilnahme ermöglicht.

München ist eine Stadt des friedlichen Miteinanders, in der Soziales, Ökologie und Ökonomie ineinandergreifend gestaltet werden. In diesem Sinne hat München als eine der ersten Städte Deutschlands die Agenda für nachhaltige Entwicklung 2030, die die Nachhaltigkeitsziele der UN auf kommunaler Ebene aufgreift, vollständig umgesetzt. München ist eine Stadt mit hoher Lebensqualität für Menschen jeden Alters und unabhängig vom Einkommen. Sie bietet Chancen für gute Bildung und Ausbildung, für sichere Arbeitsplätze und für ein Einkommen, das das Leben in der Stadt sichert, für alle Menschen, unabhängig von kultureller

---

<sup>1</sup> Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018): Stresstest Stadt – Wie resilient sind unsere Städte? Bonn: 10.

und ethnischer Zugehörigkeit, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung, Religion, individueller Beeinträchtigung, sozio-ökonomischem Status und dem Alter. Wer Hilfe und Unterstützung benötigt, bekommt sie unbürokratisch und mit dem Ziel, so weit als möglich unabhängig von Hilfe und Unterstützung leben zu können. Grundlage hierfür sind barrierefreie Quartiere und Stadtviertel mit gleichwertigen Lebensverhältnissen, die jede Ghettobildung ausschließen.

Im Jahr 2035 ist Folgendes erreicht:

### **Teilhabe in einer solidarischen und lokal vernetzten Stadt: Der öffentliche Raum als Nah- und Sozialraum mit kleinteiliger Infrastruktur**

Bei der Stadtentwicklung werden soziale und ökologische Themen gemeinsam geplant und zwar so, dass mit den Maßnahmen Ziele in den Bereichen „Soziale Stadt“ und „Klimaschutz“ gleichermaßen erreicht werden. Die Stadtentwicklung erhält bzw. fördert funktionsgemischte Viertel mit einer lebendigen und kleinteiligen Infrastruktur sowie kurzen Wegen dank ausgebautem ÖPNV. Die Viertel sind bunt gemischt und konsequent inklusiv gestaltet. Lebendige Stadtviertel und Nachbarschaften sind die Basis für eine soziale und solidarische Stadtgesellschaft sowie für eine demokratische Gestaltung der Stadt. Hier wird die Unübersichtlichkeit der Millionenstadt reduziert, die soziale Infrastruktur zielgenau entwickelt und ehrenamtliches Engagement aktiviert.

Deswegen gibt es in der ganzen Stadt und in jedem Viertel Orte für nachbarschaftliches Leben und niederschwellige Hilfen. Diese sozialen Einrichtungen sind für verschiedene Zielgruppen attraktiv, gut erreichbar und einladend gestaltet. Sie dienen der Information, der Begegnung, der Beratung, der Bildung und dem nachbarschaftlichen Engagement. Sie bieten Platz für gemeinsame Aktionen und sind erste Anlaufstellen bei Hilfebedarfen. Die Angebote sind der breiten Öffentlichkeit bekannt – einfach zugängliche Informationsmodule/-foren ermöglichen einen leichten und niederschweligen Zugang. Die Einrichtungen sind vor Ort gut vernetzt und arbeiten im Verbund zusammen. Finanzierungsstrukturen, die einen flexiblen Einsatz von Mitteln je nach gemeinsam festgestelltem Bedarf erlauben, erleichtern eine solche Kooperation. Diese „Entsäulung“ von Hilfen ermöglicht quartiersbezogene, präventive Arbeit in niedrighschweligen Strukturen und vermeidet ein bloßes Reagieren auf "Fälle" im Nachhinein.

Durch ein Miteinander und - bei Bedarf - Unterstützung vor Ort, von Nachbar:in zu Nachbar:in, wird ein Gemeinschaftserleben ermöglicht, auf dessen Grundlage Solidarität und gemeinsames Handeln für das eigene Stadtviertel und darüber hinaus entstehen können. Insbesondere in einer zunehmend individualisierten, durchrationalisierten und ökonomisierten Gesellschaft vermissen immer mehr Menschen sozialen Zusammenhalt und Solidarität, obwohl diesen in Krisenfällen (Pandemie, Naturkatastrophen etc.) eine so zentrale Rolle zukommt. Für die Millionenstadt München ist dieses Bedürfnis aufgegriffen worden: Über nachbarschaftliche quartiersbezogene Hilfsstrukturen und Netzwerke wird nicht nur das physische Wohl im Notfall gesichert, sondern auch das psychische Wohlbefinden, das Gefühl der Zugehörigkeit, der Beheimatung und Identifizierung mit dem eigenen Stadtteil gefördert und stabilisiert. Damit ist ein wichtiger Beitrag zum sozialen Frieden in der Stadt langfristig geleistet.

Auf Basis dieses lokal-solidarischen gemeinwohlorientierten Ansatzes hat der **öffentliche Raum** als Ort für Naherholung, Freizeitaktivitäten, soziale Interaktionen und Teilhabe quantitativ und qualitativ eine deutliche Aufwertung und Renaissance erfahren. Der öffentliche Raum wurde neu verteilt und frei gemacht für eine vielfältige, attraktive und menschengerechte Nutzung durch alle Menschen, die in München leben.

Dies wurde ermöglicht durch eine proaktive Boden-/Immobilien- und Verkehrspolitik, die auf eine Erschließung, Gewinnung und Förderung von öffentlich nutzbaren, nicht kommerzialisierten Flächen in kommunaler Hand setzt.

Diese Politik der Flächengewinnung wurde flankiert von einem Maßnahmenprogramm, das ehemals halböffentliche Räume wie z.B. Schulhöfe, Sportplätze, einer öffentlichen Nutzung zugänglich gemacht hat.

Durch diese quantitativ ausgerichteten Maßnahmen zur Gewinnung von Flächen konnte der Nutzungsdruck im öffentlichen Raum erheblich reduziert werden.

Zur ebenso bedeutenden, qualitativen Aufwertung wurden zudem die beiden o.g. Strategien konsequent verschränkt mit dem Ziel einer flächendeckenden Vermehrung von grüner und blauer Infrastruktur, so dass in jedem Quartier eine fußläufige Erreichbarkeit von öffentlichen Grünflächen gewährleistet ist.

Die Planung von privaten oder gemeinschaftlich genutzten Gärten wie auch von öffentlichen Grünanlagen wurde ebenso vorangetrieben sowie gleichzeitig öffentliche Flächen entsiegelt wurden; diese Umgestaltung dient nicht nur der unmittelbaren Naherholung, sondern leistet zugleich einen ökologisch wertvollen Beitrag zu einem besseren Stadtklima. In diesem Sinne ist auch eine Reduzierung von Flächen für Verkehr und Parken erfolgt sowie eine Begrünung von Dachflächen zugunsten von Flächen für gemeinschaftliches Leben.

Zur Planung und (Aus-)Gestaltung des neu gewonnenen öffentlichen Raums wurden zugehende, niedrigschwellige Verfahren der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung entwickelt; im Zuge derer können Münchner:innen standardmäßig ihre vielfältigen Nutzungsinteressen in die Planungsprozesse einbringen und partizipativ konstruktive Lösungen zur Nutzung des öffentlichen Raums entwickeln.

In der Folge entstehen außerordentlich kreative Lösungen zur multifunktionalen Nutzung von öffentlichen Flächen, die zugleich eine Möglichkeit zur spontanen Gestaltbarkeit und Aneignung durch unterschiedlichste Nutzer:innen eröffnen; zudem lässt sich – als positiver Side-Effect – eine Verringerung von Nutzungskonflikten sowie eine gewachsene Identifizierung mit dem Quartier als einem geschätzten Ort soziokultureller Teilhabe und gelebter Demokratie beobachten.

An konkreten Veränderungen in der unmittelbaren Lebenswelt, z.B. in der Ausgestaltung der beschriebenen Planungen zur Aufwertung von öffentlichen Flächen, werden Aushandlungsprozesse und die Lösung von Konflikten unter den Bürger:innen als Nachbar:innen geübt und gelebt. Städtisch finanzierte Moderation macht es möglich, gemeinsam Kompromisse zu gestalten und konsensfähige Lösungen für Nutzungskonflikte zu erarbeiten; somit wird ein neues Verständnis für „das Gegenüber“ erzeugt, was wiederum zu mehr sozialem Miteinander im Quartier, im Stadtbezirk und in der Stadt führt.

Dabei stellt die Einführung von prototypischen Verfahrensweisen und das praktische, befristete Ausprobieren von z.B. wechselnden verkehrsberuhigten Straßen, temporären Parklets oder verkehrsfreien Sonntagen nicht nur prozessmäßig ein nützliches Instrumentarium dar, sondern erhöht im Effekt zugleich die Akzeptanz für die neu geschaffenen Lösungen.

Möglich wurden diese Lösungen auch durch eine referatsübergreifende Zusammenarbeit, welche die oben beschriebene quantitative und qualitative Aufwertung öffentlichen Raums als Querschnittsaufgabe oberster Priorität für die gesamte Verwaltung versteht.

### **Teilhabe garantiert: Für alle Lebenslagen!**

Wer arm ist, ist von vielem ausgeschlossen. Einkommensarmut ist oftmals die Grundlage von Wohnraum-, Energie-, Bildungs-, Digitalisierungs-, Mobilitäts-, Gesundheitsarmut und von mangelnder Teilhabe insgesamt. Daher liegt ein besonderer Schwerpunkt der städtischen Armutsbekämpfung darauf, allen einen Arbeitsplatz mit angemessener Entlohnung und guten Arbeitsbedingungen zu beschaffen und damit Einkommens- und Altersarmut zu verhindern. Im Münchner Arbeitsmarkt gilt: Gleichwertige Arbeit wird gleich bezahlt. Insbesondere Frauen haben von den Veränderungen der Arbeitsmarktstrukturen und vom bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungs- und Unterstützungsangeboten profitiert.

Die geschlechtliche Arbeitsteilung in der Familie ist überwunden. Die familiäre Care-Arbeit genießt eine hohe gesellschaftliche Anerkennung. Statt mit einem Anerkennungsbetrag abgespeist zu werden, werden pflegende Angehörige angemessen bezahlt sowie renten- und sozialversicherungspflichtig abgesichert. Ein verpflichtendes, ortsnahes Angebot zur Kinderbetreuung entlastet bei Bedarf die Pflegeperson. Durch eine ausreichend vorhandene Zahl an Kurzzeitpflegeplätzen und die Übernahme der Kosten durch die Pflegeversicherung besteht die Möglichkeit, dass pflegende Angehörige zweimal im Jahr eine Auszeit nehmen können und sind finanziell/sozialversicherungspflichtig abgesichert. Auch die berufliche Care-Arbeit hat in der Gesellschaft den erforderlichen Stellenwert erhalten und wird angemessen entlohnt.

Für die Menschen, deren Arbeitsfähigkeit beschränkt ist, gibt es ein umfassendes Hilfsangebot ohne Zuständigkeitsschranken und in Form von eng miteinander verbundenen arbeitsbezogenen, sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen. Langzeitarbeitslose, die z.B. wegen psychischer Erkrankungen und/ oder Suchterkrankungen auf absehbare Zeit keine Perspektive auf ungeforderte Beschäftigung haben, sollen zusätzlich Fördermöglichkeiten in Betrieben erhalten, in denen sie individuelle Unterstützung und arbeitsbegleitende Qualifizierung sowie Beschäftigungsmöglichkeiten am ersten Arbeitsmarkt erhalten. Vorbild können die Inklusionsbetriebe des SGB IX sein. Gelingt trotz dieser Hilfen der Zugang zum regulären Arbeitsmarkt nicht, wird eine ausreichende Zahl an öffentlich finanzierten Arbeitsplätzen durch die Stadt und viele andere gesellschaftliche Akteure: innen bereitgehalten, die den Lebenshaltungskosten in München angepasst entlohnt werden. Daneben wird Einkommensarmut bekämpft durch einen auskömmlichen Mindestlohn und, falls erforderlich, durch eine den Lebenshaltungskosten in München entsprechende Grundsicherung. Hierzu hat die Stadt mittlerweile die Kompetenz erhalten, die Leistungen gemäß SGB II und SGB XII dem konkreten Bedarf und den ggf. unverändert hohen Mietkosten anzupassen.

Flankiert wird dies durch vielfältige Maßnahmen der Wohnraumversorgung. Das Wohngeld wurde grundlegend reformiert und den tatsächlichen Mieten in München angepasst. Mit einer gesetzlichen Begrenzung der Mieten bzw. einem Mietenzwang hat sich der Anstieg deutlich verringert. Durch Änderungen im Bundesrecht und durch ein preislimitiertes Vorkaufs-

recht wurde es der Stadt ermöglicht, Vernichtung preiswerten Wohnraums und dadurch bedingte Vertreibung alteingesessener Bevölkerung zu unterbinden. München hat für eine massive Erhöhung des Anteils an Wohnungen in kommunaler und genossenschaftlicher Hand gesorgt. Zusammen mit dem sozialen Wohnungsbau führt dies dazu, dass sich breite Schichten der Bevölkerung das Wohnen in München wieder leisten können und die Vermittlung von Wohnungssuchenden weitgehend erfolgreich ist. Letzteres ist auch der Tatsache zu verdanken, dass das Konzept "housing first" die Grundlage der städtischen Anstrengungen gegen die Obdachlosigkeit ist. Information, Diskurs und Beteiligung sowie kreative, bauliche Lösungen haben zu einer hohen Akzeptanz für die notwendige Nachverdichtung in der Stadtgesellschaft geführt. Hinzu kommt, dass die Stadt und die Münchner Zivilgesellschaft sich unverändert für eine grundlegende Änderung der Bodenpolitik einsetzt, die endlich die Spekulation mit Grund und Boden in den Ballungsräumen beendet.

Die städtische Bildungspolitik verfolgt auf struktureller Ebene das Ziel, aus Bildungsarmut Bildungsgerechtigkeit werden zu lassen; auf individueller Ebene folgt sie dem Grundsatz, allen in München lebenden Menschen ein weites Feld der (Aus)Bildung von individuellen Fähigkeiten und Stärken zu eröffnen. Dabei ist München zu einem Vorreiter in Sachen sozialraumorientierter, informeller Bildung geworden; die Maßnahmen zur Verselbstständigung und Selbstpositionierung junger Menschen stehen gleichberechtigt neben den Angeboten zur Qualifizierung bzw. sind passgenau ineinander verzahnt und verstärken einander wirksam.

Im Bereich der Qualifizierung ermöglicht die Stadt jedem jungen Menschen nach dem erfolgreichen Schulabschluss eine qualifizierte Ausbildung und einen darauf aufbauenden qualifizierten Arbeitsplatz. In beruflichen Ausbildungen ist es Standard, dass die ersten Monate eine Begleitung und ein Clearing zur Ausbildungsfähigkeit sowie der entsprechende punktuelle Förderungsbedarf festgehalten und begleitet werden, so dass ein erfolgreicher Ausbildungsabschluss gesichert ist.

Zwar liegt die Zuständigkeit für viele Aufgaben im Bildungsbereich (weiterhin) beim Freistaat; dennoch ist es dank gezielter kommunaler "Objekt-Förderung" von Kindertageseinrichtungen und (Modell-) Schulen in Stadtvierteln mit erhöhtem sozialem Handlungsbedarf gelungen, die Abhängigkeit des Bildungsabschlusses vom Stand der Eltern deutlich zu verringern. Gleichzeitig wurden Benachteiligungen jedweder Art durch eine ausgleichende, intensive individuelle Begleitung junger Menschen wie auch ihrer Familien bis zum jeweils geeigneten Schulabschluss aufgefangen. Im Ergebnis konnte die Zahl der Schulabgänger:innen ohne Abschluss auf unter 3% verringert werden. Dies ist nicht zuletzt das Resultat einer umfassenden und konsequenten Neujustierung der Zusammenhänge zwischen den Partner:innen und der Verbindung von schulischer sowie außerschulischer Bildung und Förderung in München. Die Stadt hat die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbildung (2026) erfolgreich dazu genutzt, alle notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen (z.B. Förderstruktur) zu schaffen, so dass schulische und außerschulische Bildungspartner:innen gern und erfolgreich in Form von Lokalen Bildungslandschaften<sup>2</sup> kooperieren.

---

<sup>2</sup> „Lokale Bildungslandschaften“ sind langfristige, professionell gestaltete, auf gemeinsames, planvolles Handeln abzielende, kommunalpolitisch gewollte Netzwerke zum Thema Bildung, die – ausgehend von der Perspektive des lernenden Subjekts – formale Bildungsorte und informelle Lernwelten umfassen und sich auf einen definierten lokalen Raum beziehen (Bleckmann/Durdel 2009: 12).

In diesen lokalen Netzwerken bilden junge Menschen mit ihren individuellen Bildungsbiografien den Ausgangspunkt aller Planung und Gestaltung von Bildung. Zu ihrer Förderung wird ein komplexes Geflecht aus unterschiedlichsten Lernorten, Bildungswelten und Erfahrungsräumen wie z.B. Jugendarbeit, kulturelle Bildung, Stadtteilzentren, Schulen, Bibliotheken, Museen unter roulierenden Federführungen aller beteiligten Institutionen organisiert und umgesetzt. Die in diesen verschiedenen Feldern liegenden Bildungspotenziale werden so genutzt und verbunden, dass sie als Ganzes wirken und die Bereiche jeweils aufeinander bezogen sind (vgl. Rauschenbach 2009: 25). Auf diese Weise können jungen Menschen nicht nur lebensweltorientierte und alltagspraktische Bildungsinhalte vermittelt werden; vielmehr können sie unter fairen Bedingungen in ein selbstbestimmtes Leben mit Teilhabe hineinwachsen.

Angesichts beständig steigender Energiekosten haben Stadt und Stadtwerke, aufbauend auf Zuschüssen des Bundes und des Landes, ein Förderprogramm aufgelegt, mit dem Haushalte mit geringerem Einkommen von den Kosten der Energiewende entlastet werden. Außerdem wird in München den Haushalten, die mit der Zahlung der Energiekosten in Verzug geraten sind, die Energiezufuhr nicht abgedreht, sondern ggf. in Kooperation mit der Schuldnerberatung nach anderen Wegen gesucht, um aufgelaufene Rückstände auszugleichen.

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für Teilhabe. Im Zuge der Verkehrswende ist in München der Autoverkehr deutlich zugunsten von Fahrrad und Fußgänger:innen zurückgedrängt worden. Auch der öffentliche Nahverkehr ist stark ausgebaut worden. Damit dieser von allen genutzt werden kann, sind die Fahrten für niedrige Einkommen kostenfrei. Der erste Schritt hierzu, das 365 € Ticket (1 € pro Tag) für jede:n, war ein so großer Erfolg mit Blick auf die Reduzierung des Autoverkehrs und dessen CO<sub>2</sub> Ausstoßes, dass als weiterer Schritt das 0 € Ticket für Haushalte mit niedrigem Einkommen eingeführt worden ist. Darüber hinaus entwickelt die Stadt weitere innovative Zukunftsmodelle mit dem Ziel nachhaltiger Mobilität.

Früher galt: Wer arm ist, stirbt früher. Diese bittere Wahrheit hat dazu geführt, dass die kommunale Daseinsvorsorge im Bereich des Gesundheitswesens in den letzten Jahren einen erheblichen Bedeutungszuwachs erhalten hat. Deutlich wird dies anhand der Zuschaltung von entsprechendem Personal sowie einer Verbesserung der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen (bspw. durch Personalschlüssel). Es wurde ein Investitionsprogramm für den Ausbau von Strukturen und Personal in der Verwaltung inklusive einer zeitgemäßen Infrastruktur (z.B. Digitalisierung) umgesetzt. Dies ermöglicht ein proaktives und umfassendes, effizientes und effektives Steuern auf kommunaler Ebene, auch in pandemischen Situationen. Die Gesundheitsversorgung und der (Infektions-)Schutz prekär lebender Menschen wird durch niedrigschwellige Anlaufstellen im ganzen Stadtgebiet gewährleistet.

In den Krankenhäusern wurde das Spannungsverhältnis zwischen Wohlfahrtsstaatlichkeit und Kommerzialisierung zugunsten einer deutlichen Positionierung hin zum ersteren Prinzip aufgelöst. Ermöglicht wurde dies durch eine Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs, welche zur Erweiterung der finanziellen Handlungsspielräume geführt hat. Schließlich wurde in einer Kooperation zwischen dem städtischen Gesundheitsreferat und der LMU München (Public Health) ein Forschungsprojekt umgesetzt, das die Auswirkungen von Armut auf Krankheit/Gesundheit während Pandemien rekonstruiert sowie Handlungsempfehlungen für alle politischen Ebenen (Kommune, Land, Bund) formuliert hat. Hieran anschließend

wurden alle kommunal steuerbaren Programme zügig in die Umsetzung gebracht und die übrigen Forderungen mit Nachdruck gegenüber Land/Bund vertreten.

Die in der Gesamtgesellschaft voranschreitende Digitalisierung wird allen zugänglich gemacht, niedrigschwelliger gestaltet (bspw. generelle Verfügbarkeit in verschiedenen Sprachen und in leichter Sprache) und analoge Anlaufstellen über das ganze Stadtgebiet hinweg installiert, um Menschen in ihrer digitalen Teilhabe zu unterstützen. Im Sinne einer nachhaltigen Gestaltung der Digitalisierung stellt die Stadt in allen ihren Gebäuden extra Räume mit PCs, Druckern und anderen Geräten zur kostenlosen Nutzung zu Verfügung. Bibliotheken verleihen nicht nur Bücher und digitale Medien, sondern auch portable IT-Geräte wie Laptops.

Regelmäßige Informationsveranstaltungen sowohl in digitaler als auch analoger Form machen die Teilhabe- und Unterstützungsleistungen für alle Menschen in der Stadt niedrigschwellig sichtbar. Im Vorfeld ergeht dazu eine Einladung an alle Haushalte und Einrichtungen in München.

### **Zukunft gesichert: Mit Kindern und Jugendlichen!**

Neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es angesichts des demographischen Wandels eine Überlebensfrage der Stadt, dass Kinder, Jugendliche und ihre Familien in der Stadt mit ihren besonderen Bedürfnissen anerkannt und so in der Stadt gehalten werden. Dieser Aufgabe hat sich die Stadt in allen Bereichen gestellt. So gilt seit langem der Grundsatz: Kinder und Jugendliche sind gleichwertige Bürger: innen mit eigenen Rechten und besonderen Bedarfen! Kinder- und Jugendbeteiligung ist sowohl in der Zivilgesellschaft, bei den freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe wie auch in der Verwaltung integraler Bestandteil des alltäglichen Handelns. Möglich wurde dies durch ein strategisch umfassendes, mehrjähriges kommunales Programm, das Kinder- und Jugendbeteiligung zur "Chefsache" erklärt hat. Zudem wurde auf Stadtratsebene ein Kinder- und Jugendcheck für alle Beschlussvorlagen eingeführt, welche die Lebenswelten von Kindern/Jugendlichen berühren. Unter Beteiligung von Kindern/Jugendlichen und ihrer Selbstorganisationen wurden dafür transparente und partizipative Verfahrenswege entwickelt, die dafür sorgen, dass Beschlüsse die Lebenssituationen und -perspektiven von Kindern und Jugendlichen in bestmöglicher Weise berücksichtigen. In der Konsequenz haben sich Kinder/Jugendliche ein umfassendes und differenziertes Erfahrungswissen zu kommunalen Zusammenhängen angeeignet, das von Jahr zu Jahr an die nachwachsenden Jahrgänge in Form von regelmäßigen Schulungen weitergegeben wird. Damit kann es sich kein politisches oder Verwaltungs-Gremium erlauben, auf die spezifische Expertise von Kindern und Jugendlichen zu verzichten z.B. SAE-Stab.

### **Vielfalt und Toleranz praktiziert: Grundpfeiler der solidarischen Stadtgesellschaft!**

Seit langem begreift München Vielfalt als Bereicherung und verschreibt sich durchgängig der Chancengleichheit und Solidarität aller sozialen Akteur:innen jenseits von Schichten und Klassenzugehörigkeit. Politische und andere Entscheidungsgremien zeichnen sich durch Vielfalt und Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von ihrem Alter und ihrer (sozialen)

Herkunft<sup>3</sup> aus und erreichen dadurch eine hohe – auch generationsübergreifende – Akzeptanz in unserer Stadtgesellschaft.

Menschen mit körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen sind in allen Gremien beteiligt und vertreten ihre Rechte für ein barrierefreies Leben in der Stadtgesellschaft.

München ist eine weltoffene und junge Stadt, in der Zuwanderung aus dem Ausland als Chance und Notwendigkeit begriffen wird. Migrant:innen und Geflüchtete erleben in München eine praktizierte Willkommenskultur und vielfältige Unterstützungsangebote. Dazu gehören u.a. verständliche und mehrsprachige Informationsmöglichkeiten, differenzierte Deutschkurse, ausreichend Beratungsressourcen und Hilfen, etwa bei der Anerkennung von Abschlüssen, bei notwendigen Nachqualifikationen, beim Familiennachzug und bei der Suche nach einer Wohnung, Arbeit oder Kinderbetreuung. Die intensive Begleitung insbesondere in der ersten Phase führt dazu, dass es Menschen mit Flucht-/Migrationsbiografie in München besonders gut gelingt, ihren Platz zu finden und als aktive Mitglieder die Stadtgesellschaft mitzugestalten. Die damit verbundene Vielfalt ist in allen Bereichen und den unterschiedlichen Hierarchieebenen des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens zur Selbstverständlichkeit geworden. Unterstützt wurde der Münchner Weg durch die Reform des Aufenthaltsrechts, wodurch unmenschliche und nicht sinnvolle Maßnahmen ersetzt wurden durch ein Aufenthaltsrecht, das Perspektiven und Chancen ermöglicht. Dazu gehört auch, dass politische Mitbestimmung unabhängig vom Aufenthaltstitel ein Recht aller Bürger:innen ist und Partizipation gefördert wird.

Ein München des Jahres 2035 zeichnet sich durch eine starke Partizipation seiner Bürger:innen aus. Um diese Partizipation zu befördern und zu unterstützen, wurden günstige Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement geschaffen: Es wurden in verschiedenen Bereichen (z.B. Schule, Stadtbezirk, Kommune) Strukturen aufgebaut, die über Beziehung und Bindung nachhaltige Partizipation ermöglichen und für eine Wirksamkeit von Partizipation sorgen, d.h. z.B. dass Vorschläge der Bürger:innen systematisch und strukturiert auf Ressourcen und Menschen treffen, die diesen Vorschlägen zeitnah zur Prüfung und zur Realisierung verhelfen.

Die Arbeit mit Ehrenamtlichen ist insgesamt gut organisiert und mit den nötigen Ressourcen auf Seiten der professionell freien Tätigen ausgestattet. Bürgerschaftliches Engagement erfährt über verschiedene Wege und Formen Sichtbarkeit und Wertschätzung und ist dadurch aufgewertet worden. Es wird zunehmend als „positives wertschätzendes Erlebnis“ von den Akteur:innen wahrgenommen. Bei den geschaffenen Partizipationsstrukturen wurde besonders darauf geachtet, verschiedene Bildungsschichten und Milieus zusammenzubringen (z.B.

---

<sup>3</sup> Ausgehend von den Befunden des Klassismus (abgeleitet von Klasse i.S. von sozialer Klasse = Vorurteile oder Diskriminierung wegen der sozialen Herkunft oder der sozialen Position) hat München als eine der ersten bundesdeutschen Kommunen ein geschärftes Bewusstsein für Klassismus entwickelt und die Notwendigkeit erkannt, hierfür insbesondere auch auf kommunaler Ebene tätig zu werden. In diesem Zuge wurde etwa die Fachstelle für Demokratie mit spezifischen Ressourcen ausgestattet, um auch auf Klassismus beruhende Diskriminierung erkennen und analysieren sowie bearbeiten zu können. Im Weiteren wurden in der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft gezielt Programme zur Verhinderung und Bekämpfung von Klassismus auf kommunaler Ebene entwickelt. Siehe hierzu: Kemper, Andreas / Weinbach, Heike (2016): Klassismus. Eine Einführung. UN-RAST Verlag. Münster.



Akademiker:innen, „Arbeiterklasse“, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte), die gemeinsam und milieuübergreifend handeln. Damit entfaltet das bürgerschaftliche Engagement in München im Jahr 2035 seine volle politische Wirkung und trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei.

Teilhabe wird garantiert durch ein selbstverständliches Mitdenken und Mitentscheiden aller Akteur:innen und durch einen echten Zugang, in der Sprache oder Digitalisierung keine Hürden darstellen.

### **Gleichwertige Lebensverhältnisse hergestellt: In allen Stadtvierteln**

Ghettobildung konnte im Gegensatz zu anderen Städten verhindert werden. Das Leben in den Quartieren steht im Mittelpunkt. Auch wenn der Fokus auf den Stadtvierteln liegt, pflegt die Stadt München mit den Umlandgemeinden einen Austausch und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Das Wohnumfeld ist mit allen nötigen Versorgungseinrichtungen ausgestattet.

Die verschiedenen Angebote der städtischen Referate kooperieren vor Ort, haben für ihre Vernetzung ausreichend Ressourcen und werden durch Quartiersmanagement unterstützt. Sozialbürgerhäuser sind offene und einladende Bürger:innenhäuser mit vielfältigen Kultur- und Begegnungsangeboten, die mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet sind (s.o.), um die umfangreichen Aufgaben der Vernetzung, Vermittlung und Leistung von Hilfen im Stadtviertel erfüllen zu können. Die Bezirksausschüsse haben mehr Zuständigkeiten sowie dafür ein bedeutsames Budget erhalten. Als örtliche Vertretungen der Bürger:innen erkennen sie Fehlentwicklungen und neu auftretende Bedarfe und sorgen dank ihrer Kenntnis und ihrer gewachsenen Zuständigkeit sowie ihres Einflusses auf die Entscheidungsfindung im Münchner Stadtrat für Abhilfe. Die Verwaltung unterstützt dies mit Hilfe eines kontinuierlichen Monitorings und schlägt Maßnahmen vor, um erkannte Defizite in einzelnen Stadtvierteln zu beheben. Wichtige Voraussetzung für diese starke Stellung und den dazu erforderlichen Umbau der Stadtviertel war ein allumfassender Paradigmenwechsel hin zu mehr Vertrauen und weniger Kontrolle: Der Abbau von bürokratischen Abläufen für Bürger:innen, freie Träger und Verwaltung und eine Vereinfachung der Kommunikation zwischen den Beteiligten sowie eine Erleichterung des Zugangs zu den Diensten und Einrichtungen durch und mit Digitalisierung.

Eine weitere Voraussetzung hierfür war, dass vielfältige Maßnahmen gegen den Personal-mangel ergriffen wurden und dadurch die vor Jahren bestehende Personalnot überwunden werden konnte: Durch den Ausbau von Studienplätzen und die Bereitstellung von angemessen bezahlten Ausbildungsplätzen wurde der Nachwuchs gefördert. Der Zugang zur sozialen Arbeit wurde für Personen mit (anderen) qualifizierten und berufsnahen Abschlüssen ermöglicht. Ausländische Abschlüsse von Migrant:innen wurden großzügig und schnell anerkannt, erforderliche zusätzliche Qualifizierungen konnten während der beruflichen Tätigkeit nachgeholt werden. Schließlich wurden Ausbildungsgänge geschaffen, um das bisher ungenutzte Potenzial vor allem aus dem migrantischen Teil der Bevölkerung in die soziale Arbeit einzubeziehen, wenn kein einschlägiger Abschluss vorlag. Diese führen in Form einer dualen Ausbildung zu einer Qualifizierung, die die soziale Arbeit begleiten und unterstützen kann<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Zu diesem Text gibt es ein zweiseitiges Forderungspapier des SoPoDi.